

## **Änderungsantrag**

**der Fraktion GRÜNE**

**zu dem Beschluss des Landtags in Zweiter Beratung  
zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans 2007/08  
– Drucksache 14/917**

### **Einzelplan 03 Innenministerium**

Der Landtag wolle beschließen,

**Kap. 0325    Verkehr**

**Tit. 682 80   Zuschüsse an öffentliche Unternehmen**

	<b>2007</b>	<b>2008</b>
	Tsd. €	Tsd. €
statt	557.712,5	543.002,2
zu setzen	562.712,5	548.002,2

13. 02. 2007

Kretschmann, Wölflé, Metzger  
und Fraktion

#### **Begründung**

In nahezu allen Fahrplankonferenzen ist deutlich geworden, dass einige der zur Streichung vorgesehenen Zugverbindungen massive Verschlechterungen für Pendler und Schüler bedeuten. Schule und Arbeitsplatz pünktlich zu erreichen, ist für viele Betroffene mit dem ÖV gar nicht mehr möglich.

Die Regierungsfractionen haben in den bisherigen Beratungen zum Staatshaushaltsplan alle Initiativen der Fraktion GRÜNE abgelehnt, die Bedienungsqualität des Jahres 2006 zu erhalten und aus den – auch aus der Sicht von CDU und FDP – nicht benötigten Mittel für das Vorhaben Stuttgart 21 zu finanzieren.

Innenminister Rech hatte in der Landtagsdebatte zugestehen müssen, dass er einige Härten überprüfen wolle. Mit der vorliegenden Initiative zur Dritten Beratung soll die Möglichkeit geschaffen werden, wenigstens solche Härten in der Bedienungsqualität zu korrigieren und zu vermeiden, dass viele Nutzer dem ÖPNV auf Dauer den Rücken kehren.

Mit dem vorliegenden Antrag, dessen Mittelbedarf aus den Einsparungen bei Stuttgart 21 gedeckt ist, soll erreicht werden, dass diese Härten ausgeglichen werden.